

## Zum Gebrauch der Personenbezeichnungen in Liechtensteinischen Gesetzen

OKAMURA Saburo

### Zusammenfassung

Die Art und Weise, wie Personenbezeichnungen in Gesetzestexten gebraucht werden, könnte zeigen, wie ernst man es mit der sprachlichen Gleichbehandlung von Mann und Frau meint.

In Liechtenstein sind in den Landesgesetzen gegenwärtig vier Arten von Personenbezeichnungen im Gebrauch, a) generisches Maskulinum, b) generisches Maskulinum, das einer Klausel in der Präambel zufolge auch Frauen mit einschließt, c) generisches Femininum, das – ebenfalls nach einer entsprechenden Klausel – Männer mitmeint und schließlich d) konsequente Paarformen.

Es soll hier auch im Vergleich zu der Schweiz untersucht werden, wie es zu dieser Situation gekommen ist und wie weit die Gleichstellungsdiskussion daran beteiligt sein könnte und schließlich, was für eine Haltung gegenüber der Sprache dahinter steckt.

Wir werden am Ende feststellen, dass es mit dem Realismus der Liechtensteiner, bzw. mit ihrer Unbekümmertheit der Sprache gegenüber zu tun hat.

### Summary

The way in which personal markings are used in the legal text under consideration reveals how serious the writers are about the equal linguistic treatment of men and women. In Liechtenstein, four kinds of personal markings are presently in use: a) generic use of masculine referential nouns; b) generic use of masculine nouns with a clause in the preamble that declares that those nouns are intended to imply the inclusion of women; c) generic use of feminine nouns with a clause in the preamble that declares that those nouns include men; finally, d) paired markings.

We shall examine, also in comparison with Switzerland, how Liechtenstein came to this situation, how strong the influence of feminism was, and what sort of attitude we find toward language.

Finally, we shall see how the realism of the Liechtensteiners is involved – or rather their carefree attitude concerning language use.

### 1. Vier verschiedene Arten von Personenbezeichnungen

Am Gebrauch der Personenbezeichnungen in öffentlichen Texten könnte man ablesen, wie weit der „von der feministischen Linguistik ausgelöste Sprachwandel“ (Antos 1996: 250) gediehen ist. Die feministische Linguistik verlangt nämlich die Gleichbehandlung von Mann und Frau auch in der Sprache, d.h. sowohl eine „Sichtbarmachung von Frauen in der Sprache“, indem man Frauen „ausdrücklich und in nicht abwertender Weise benennt“, als auch „Symmetrie“, d.h., dass „Frauen dort, wo Männer und Frauen genannt

werden, sprachlich gleich behandelt werden.“ (Müller/Fuchs 1993: 11) Für diesen Zweck sind vor allem die Paarformen (auch Beidnennung oder Doppelformen genannt: z.B. *die Präsidentin oder der Präsident*) geeignet, weil sie Frauen (und Männer) ausdrücklich benennen.

So wird in der Schweiz der Gebrauch der Paarformen in Gesetzestexten auf Bundesebene schon seit 1992 praktiziert.<sup>1</sup> Ein gutes Beispiel ist die gegenwärtige Schweizerische Bundesverfassung vom 18.4.1999, in der konsequent „geschlechtergerecht“<sup>2</sup> formuliert wird. Es gibt laut „Leitfaden zur sprachlichen Gleichbehandlung“ von der Schweizerischen Bundeskanzlei

1996 (im Folgenden als „Leitfaden“ abgekürzt) zwei Wege, „geschlechtergerecht“ zu formulieren:

– Frauen und Männer werden explizit und mit gleichwertigen Ausdrücken genannt: man gebraucht hierzu die Paarformen.

– Auf Personen wird Bezug genommen, ohne dass etwas über ihre Geschlechtszugehörigkeit ausgesagt wird: diese Möglichkeit bieten die geschlechtsneutralen bzw. -abstrakten Formulierungen. Die Pluralformen der substantivierten Partizipien und Adjektive sind geschlechtsneutral, z.B. *die Studierenden*. Die Substantive, die sich auf beide Geschlechter beziehen können wie *der Mensch, die Person, das Mitglied* sind geschlechtsabstrakt.<sup>3</sup>

In Deutschland hingegen wird in den Bundesgesetzen nach wie vor das alt bewährte generische Maskulinum („*der Präsident*“ statt „*die Präsidentin oder der Präsident*“) gebraucht<sup>4</sup>, obwohl auch dort die Feministinnen das generische Maskulinum einhellig ablehnen, da dies Frauen nicht explizit benennt, sondern lediglich „mitmeint“. Feministisch gesehen ist Deutschland in dieser Hinsicht also nicht so fortschrittlich wie die Schweiz. „Deutschlands Uhren [...] gehen anders. Sie gehen nach!“ (Albrecht 2000: 12)

In Liechtenstein, dem kleinen Nachbarland der Schweiz, sind gegenwärtig in den Landesgesetzen vier Arten von Personenbezeichnungen im Gebrauch, nämlich:

- a) generisches Maskulinum,
  - b) generisches Maskulinum mit einer Klausel in der Präambel, die festlegt, dass das Maskulinum auch Frauen mit einschließt (Legaldefinition),
  - c) generisches Femininum mit einer Klausel in der Präambel, die bestimmt, dass diese Form auch Männer mitmeint (Legaldefinition),
  - d) konsequente Paarformen,
- wobei c) und d) allerdings jeweils nur in einem Gesetz zur Anwendung kommen: c) in dem „Urheberrechtsgesetz“ (URG, 1999)<sup>5</sup> und d) in dem „Gleichstellungsgesetz“ (GLG, 1999)<sup>6</sup>.

Im Folgenden soll untersucht werden, wie es zu dieser Situation gekommen ist und wie weit die Gleichstellungsdiskussion daran beteiligt sein könnte und schließlich, was für eine Haltung gegenüber der Sprache dahinter steckt.

## 2. Die „sprachliche Gleichbehandlung“ in der Schweiz

2.1. Bevor wir uns direkt mit der Situation in Liechtenstein befassen, sollten wir unseren Blick zunächst auf die Diskussionen über die sprachliche Gleichbehandlung zwischen Mann und Frau und ihre Entwicklung in der Schweiz richten. Dies hat folgende Gründe:

- a) Diese Diskussionen wurden öffentlich geführt und sind gut dokumentiert. (In Liechtenstein wurde dieses Thema abgesehen von einigen Debatten im Landtag über URG und GLG, die uns nachher noch beschäftigen werden, nicht öffentlich behandelt.) Man kann wohl annehmen, dass die Schweiz als größeres und mit Liechtenstein eng verbundenes Nachbarland<sup>7</sup> in vieler Hinsicht Einflüsse auf Liechtenstein haben könnte, also auch auf die Einstellung zur sprachlichen Gleichbehandlung in öffentlichen Texten.
- b) Die Schweiz und Liechtenstein haben neben Portugal (1974) als letzte europäische Länder das allgemeine Wahl- und Stimmrecht für Frauen eingeführt, die Schweiz 1971, Liechtenstein erst 1984. Beide Länder haben demnach einen gewissen Nachholbedarf an der Verwirklichung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Diese gemeinsame Basis könnte auch die Diskussionen und das Bewusstsein in Liechtenstein beeinflusst haben.
- c) Die beiden liechtensteinischen Gesetze, das „Urheberrechtsgesetz“ (URG, 1999) und das „Gleichstellungsgesetz“ (GLG, 1999), deren Personenbezeichnungen wir uns unten genauer ansehen wollen, sind sozusagen Anpassungen der schweizerischen Vorlagegesetze, nämlich des Urheberrechtsgesetzes (URG, 1992)<sup>8</sup> und des Gleichstellungsgesetzes (GLG, 1995)<sup>9</sup>, an Liechtenstein. Denn die beiden schweizerischen Gesetze dienten in Liechtenstein als Gesetzesvorlagen. Die schweizerische Einstellung zur sprachlichen Gleichbehandlung, die in den beiden Vorlagen für Liechtenstein klar zum Ausdruck kommt (Paarformen neben geschlechtsneutralen und -abstrakten Formen), könnte auch die Debatten im liechtensteinischen Landtag beeinflusst haben.

2.2. Erst im Jahre 1971 wurde den Schweizerinnen das allgemeine Wahl- und Stimmrecht auf Bundesebene verliehen. 1981 wurde dann der Gleichstellungsartikel in die Bundesverfassung aufgenommen, in dem es um die Verwirklichung der Gleichstellung d.h. um die gleiche Behandlung von Mann und Frau ging. Der Artikel lautet: „Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.“<sup>10</sup>

Was die sprachliche Gleichbehandlung zwischen Mann und Frau betrifft: Der Schweizerische Bundesrat stellt 1986 fest: „Geschlechtsspezifische Begriffe in der Gesetzgebung tragen mit dazu bei, dass Männer und Frauen wenn nicht rechtlich, so doch faktisch auf je bestimmte Verhaltensweisen festgelegt werden.“ (BB1 1986 I 1144, zitiert nach Albrecht 2000: 14) Er erkennt damit das bis dahin übliche, generische Maskulinum als „geschlechtsspezifisch“ an, das zur Ungleichbehandlung der Geschlechter beiträgt. Konsequenterweise will der Bundesrat „die sprachliche Ungleichbehandlung der Geschlechter deshalb beseitigen, weil in Normen mit rein maskulinen Personenbezeichnungen Frauen ihre Rechte und Pflichten sehr viel weniger deutlich als Männer wahrnehmen können.“ (Leitfaden 1996: 13) Man will nun das generische Maskulinum abschaffen, um sprachliche Gleichbehandlung zu verwirklichen.

Im Jahr 1992 genehmigt das Parlament den Bericht seiner Redaktionskommission, in dem gefordert wird: „Im Deutschen sollen künftig neue Erlasse geschlechtergerecht formuliert werden, [...]“ (Albrecht 2000: 14) Das erste Gesetz nach diesem Prinzip, in dem auf das generische Maskulinum verzichtet wird und durchgehend die Paarformen (z. B. *die Urheber und die Urheberinnen, die Künstler und die Künstlerinnen*) zur Anwendung kommen, war das schweizerische Urheberrechtsgesetz (1992). Dieses Urhebergesetz sollte später die Vorlage für das liechtensteinische Urheberrechtsgesetz von 1999 werden.

Der Bundesrat beschließt am 7.6.1993, die Grundsätze der sprachlichen Gleichbehandlung in allen drei Amtssprachen zu fördern. Um sie zu fördern, setzt man nicht auf verbindliche Weisun-

gen, sondern die sprachliche Gleichbehandlung soll mit Hilfe geeigneter Anleitungen verwirklicht werden. Als diese Anleitung wurde der „Leitfaden zur sprachlichen Gleichbehandlung im Deutschen“ 1996 von der Schweizerischen Bundeskanzlei vorgestellt. Dieser „vom Bundesrat zur Kenntnis genommen[e]“ Leitfaden geht davon aus: „Texte sind dann geschlechtergerecht, wenn Frauen und Männer sprachlich so behandelt werden, dass sie gleichermassen angesprochen sind.“ (Leitfaden 1996: 16)

Zwei Wege, „geschlechtergerecht“ zu formulieren, sind, wie bereits oben erwähnt,

a) die Paarformen (Beidnennung, Doppelformen) und

b) die geschlechtsneutralen bzw. -abstrakten Formulierungen.

Um nicht gegen die Forderungen „Sichtbarmachung“ und „Symmetrie“ zu verstoßen, soll auch das Frauen mit einschließende generische Maskulinum grundsätzlich nicht verwendet werden, d. h. auch dann nicht, wenn man in einem Vorwort oder in einer Vorbemerkung erwähnt, dass Frauen mitgemeint sind.<sup>11</sup>

„Geschlechtergerechte“ Texte garantieren laut Leitfaden so die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern (Leitfaden 1996: 17), sie seien auch eindeutig und klar, während das generische Maskulinum in manchen Fällen einen im Unklaren lässt, ob Frauen tatsächlich mitgemeint sind oder nicht. (Leitfaden 1996: 18) Außerdem unterstützten „geschlechtergerechte“ Texte gesellschaftliche Veränderungen. (Leitfaden 1996: 19) Hier meint man, der „geschlechtergerechte“ Sprachgebrauch würde das Bewusstsein der Menschen verändern, und zwar derart, dass nicht nur eine sprachliche, sondern auch eine allumfassende, wirkliche Gleichbehandlung von Frau und Mann dadurch verwirklicht würde.

Nach dem Leitfaden scheint man sich gegenwärtig in der deutschen Schweiz beim Abfassen amtlicher Texte sowohl auf der Bundesebene wie auch im kommunalen Bereich zu richten.

### 3. Die Entwicklung in Liechtenstein bis 1998

3.1. Drei Wochen nachdem die Schweizer Männer die Einführung des Stimm- und Wahlrechts der Frauen auf eidgenössischer Ebene per Volksabstim-

mung mit großer Mehrheit beschlossen hatten, sprachen sich die Männer in Liechtenstein am 28. Februar 1971 in einer Volksabstimmung gegen die Einführung des Frauenstimmrechts aus. Obwohl es in der Landesverfassung von 1921 heißt: „Alle Landesangehörigen sind vor dem Gesetze gleich“ (Art. 31, Abs. 1), dauerte es noch über 10 Jahre, bis in einer Volksabstimmung (am 1. Juli 1984) die Entscheidung mit knapper Mehrheit von 51,3% für das Frauenstimmrecht fiel.

Mit dieser Entscheidung wurden die Bestrebungen, Gleichberechtigung von Mann und Frau zu erlangen, entschieden vorangetrieben, die bis dahin in Ansätzen vorhanden waren. Um faktische Gleichberechtigung und Gleichstellung zu erreichen, musste jedoch noch viel getan werden. 1986 wurde die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann als Beratungsorgan der Regierung eingerichtet. Sie arbeitete z. B. am Gleichstellungsgesetz (GLG, 1999) maßgeblich mit. Im Jahre 1992, also 11 Jahre später als es in der Schweiz der Fall war, nahm der Liechtensteinische Landtag einen Gleichstellungsartikel in die Verfassung auf, der lautet: „Mann und Frau sind gleichberechtigt.“ (Art. 31, Abs. 2) Es hieß allerdings „Über die Anpassung des geltenden Rechts an die Gleichberechtigung von Mann und Frau bestimmen die Gesetze.“ (Verfassungsgesetz vom 16. Juni 1992 über die Abänderung der Verfassung vom 5. Oktober II) Somit war beschlossen, „dass bei neuen Gesetzen dem Erfordernis der Gleichberechtigung nachzukommen war, während die Anpassung bestehender Gesetze nach Ermessen und ohne Fristendruck vorgenommen werden konnte.“ (Marxer 2004: 31) Und bei dieser Aufgabe ließ sich die Regierung Zeit.

3.2. Was die sprachliche Gleichbehandlung betrifft, ging Liechtenstein langsamer und anders als die Schweiz an die Arbeit. Während in der Schweiz schon 1992 das Gleichstellungsgesetz (GLG) verabschiedet wurde, in dem ausschließlich „geschlechtergerechte“ Formen (vor allem Paarformen) zur Verwendung kamen, und diese Richtung dort weiterverfolgt und im Leitfaden 1996 bestätigt wurde, sucht man in Liechtenstein auf Landesebene vergeblich nach einem ähnlichen Sprachgebrauch in Gesetzen. Hier herrscht immer noch das generische Maskulinum vor, obwohl man

annehmen könnte, dass der Ruf nach sprachlicher Gleichbehandlung und deren Verwirklichung in der Schweiz sicherlich auch in Liechtenstein nicht unbemerkt geblieben war.

1993 gab es einen zarten Versuch, auf liechtensteinische Art und Weise „geschlechtergerecht“ zu formulieren. In der „Verordnung vom 9. März 1993 über Aufbau und Organisation der Liechtensteinischen Ingenieurschule (LIS), Fachhochschule“ gibt es im Art. 1 eine Klausel (Abs. 2), in der es heißt: „Unter den in dieser Verordnung verwendeten Berufs- und Funktionsbezeichnungen sind Angehörige des weiblichen und männlichen Geschlechts zu verstehen.“ Das ist ein Versuch, dem Gleichstellungsartikel Rechnung zu tragen, indem man in einer Vorbemerkung explizit erwähnt, dass das Maskulinum, das ausschließlich gebraucht wird, auch für Frauen gilt, d.h. dass man sich eben nach der Legaldefinition richtet, die im schweizerischen „Leitfaden“ abgelehnt wird.

1994 wurde in der „Verordnung vom 16. August 1994 über die Besoldung der Beamten und Angestellten“ eine neue Klausel (Art. 1, Abs. 3) hinzugefügt und sie heißt: „Unter Beamten und Angestellten sind Angehörige des männlichen und weiblichen Geschlechts zu verstehen. Dies gilt auch für Stellen- und Berufsbezeichnungen.“ Wieder eine Legaldefinitionslösung.

Diese Klausel kann man auch als Anpassungsversuch an die sprachliche Gleichbehandlung interpretieren. Man versucht, durch einen Kompromiss (Legaldefinition), der Forderung nach sprachlicher Gleichberechtigung zu entsprechen, obwohl die Legaldefinition von der feministischen Seite nicht akzeptiert wurde, da weder „Sichtbarmachung“, noch „Symmetrie“ dadurch gewährleistet wird.

Verfährt man so wie in der oben erwähnten „Verordnung vom 16. August 1994 über die Besoldung der Beamten und Angestellten“, dann hat dies den Vorteil, dass man nach einer festlegenden Vorbemerkung nichts gegenüber der früher üblichen generischen Verwendung des Maskulinums ändern muss. Das wäre bei „geschlechtergerechten“ Formulierungen ganz anders. Man muss neuen Wortschatz (geschlechtsneutrale und -abstrakte Wörter und Paarformen) bemühen und den ganzen Text umformulieren. Außerdem gelten Texte mit Paarformen als besonders „schwerfällig“, „kompliziert“ und „unverständlich“<sup>12</sup>. Also

gingen die Liechtensteiner bei der „Anpassung“ anscheinend den Weg des geringsten Widerstands.

3.3. Dennoch blieben diese beiden Absätze in diesem Zeitraum Ausnahmeerscheinungen. Was Personenbezeichnungen anbelangt, so war das generische Maskulinum ohne Klausel die Regel. 1995, 1996 und 1997 blieb es auch so. (Man sollte sich in Erinnerung rufen, dass in der Schweiz der Leitfaden der Bundeskanzlei 1996 als Summe der bisherigen Erneuerungen erschien und seitdem den De-facto-Standard darstellt.)

Aus dem Jahr 1997 liegt ein interessanter Fall vor, der die oben erwähnte Tendenz bestätigt. Bei der Debatte um das „Gesetz vom 23. Oktober 1997 über die Information und Mitsprache der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben (Mitwirkungsgesetz; MWG)“ warf eine Abgeordnete ein, dass man im ganzen Gesetzestext „anstatt «die beteiligte Arbeitnehmerschaft» z. B. «die beteiligten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer»“ schreiben sollte, damit daraus klar hervorgeht, „dass auch Einzelpersonen hier gemeint sind.“ (Protokolle 1997: 1835) Sie vertritt hier den Standpunkt beider Prinzipien, „Sichtbarmachung“ und „Symmetrie“, also den Standpunkt des schweizerischen Leitfadens. Tatsächlich war die schweizerische Gesetzesvorlage „Bundesgesetz über die Information und Mitsprache der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben (Mitwirkungsgesetz) vom 17. Dezember 1993“ „geschlechtergerecht“ (d. h. hauptsächlich mit Paarformen) formuliert.

Daraufhin antwortete der damalige Regierungschef-Stellvertreter: „Die Frage ist, ob man dann die geschlechtsneutrale<sup>13</sup> Formulierung im ganzen Gesetz macht. Dann wird es etwas umständlich. Ich würde ersuchen, es bei der männlichen Formulierung zu belassen, im Wissen, dass das dann eine imperfekte Lösung ist, was die Grundsätze des fairen Sprachgebrauchs angeht. Aber wir sollten nicht bei einem Buchstaben plötzlich anfangen. Wir haben im Titel die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwähnt, um das richtige Signal zu senden. Aber bei den einzelnen Artikeln würde ich empfehlen, auf eine geschlechtsneutrale Sprache zu verzichten.“ (Protokolle 1997: 1836) Denn „wir kommen, wenn wir es mit der Gesetzgebung zu tun haben, in grösste Schwierig-

keiten, wenn wir eine sprachlich neutrale Fassung, eine geschlechtsneutrale Sprache haben wollen.“ (Protokolle 1997: 1839) Dies war anscheinend der offizielle Standpunkt der Regierung und auch des Landtages.

Auch die Abgeordnete lässt sich durch das Argument „es wird umständlich“ sozusagen einschüchtern (oder überzeugen) und macht einen Rückzieher: „Aber ich möchte jetzt nicht diesen Punkt überstrapazieren. Ich bin natürlich dafür, dass man Frauen und Männer, weiblich, männlich, immer ausdrückt. Wenn das aber zu schwierig ist, beharre ich nicht darauf.“ (Protokolle 1997: 1839) So einigen sie sich dahin, dass im Titel des Gesetzes *die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter* bleibt und dass sonst im Gesetzestext die Formulierung „*die Arbeitnehmerschaft*“ (statt „*die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer*“) verwendet wird. Und das generische Maskulinum *der Arbeitgeber* bleibt unangetastet, obwohl man hier auch den Ausdruck *Arbeitgeberschaft* hätte verwenden können. Außerdem gibt es im Gesetz keine Klausel, die auf den generischen Charakter von *der Arbeitgeber* hinweisen würde.

Man bevorzugte bis 1997 eindeutig das generische Maskulinum ohne Klausel, notfalls mit Klausel. Eine „geschlechtsneutrale“ Sprache, vor allem die Paarformen, will man vermeiden, weil sie dann eine breit angelegte Umformulierung erforderlich machen würde.

3.4. Das Bild ändert sich 1998, da ab jetzt die Legaldefinitionslösung mit einem Mal gehäuft in Erscheinung tritt. Und diese Tendenz wird sofort zur Hauptrichtung, so dass fast jedes neue Gesetz oder jede neue Verordnung immer das generische Maskulinum mit Klausel erhält.

So erhält z.B. das Rechtspflegergesetz vom 12. März 1998 unter I. Allgemeine Bestimmungen Art. 5 *Männliche Begriffe* die Klausel: „Wo in diesem Gesetz männliche Begriffe verwendet werden, sind damit auch Frauen erfasst.“

In der Verordnung vom 2. Juni 1998 über Einzelkonzessionen für die Erbringung von Telekommunikationsdiensten (EKDV) heisst es unter I. Allgemeine Bestimmungen Art. 3 *Begriffe*, Abs. 3: „Unter den in dieser Verordnung verwendeten Begriffen „Antragsteller“, „Bewerber“, „Dritte“, „Erbringer“, „Inhaber“, „Konzessionsin-

haber“, „Kunde“, „Person“ und „Sachverständige“ werden Personen männlichen und weiblichen Geschlechts verstanden.“<sup>14</sup>

Es gab vereinzelt Stimmen, die die Einführung „geschlechtsneutraler“ Formulierungen (vor allem die Paarformen) forderten. So sagte am 22. Oktober ein Abgeordneter bei der Debatte über das Gesetz über die Stiftung „Erwachsenenbildung Liechtenstein“ (EnLG), „dass mir dieser Artikel<sup>15</sup>, der in verschiedenen Gesetzen vorkommt, als Alibiübung erscheint. In der Schweiz ist es seit einigen Jahren üblich, Gesetze geschlechtsneutral zu formulieren. Ich denke, man sollte auch in Liechtenstein dazu übergehen.“ (Protokolle 1998: 2552). Diese Kritik blieb jedoch im Landtag unerhört.

#### 4. URG und GLG

4.1. Gerade zu der Zeit brachte die Regierung jedoch zwei Gesetzesvorlagen in den Landtag ein, das Urheberrechtsgesetz (URG) und das Gleichstellungsgesetz (GLG). Sie wichen, was Personenbezeichnungen betrifft, von der damaligen Konvention entscheidend ab, und zwar, jedes auf seine eigene Art:

In der URG-Vorlage, die fast gleichzeitig zu dem GLG in den Landtag eingebracht wurde, schlug man eine neue Klausel vor, die das Femininum als generisch interpretiert. Es hieß nämlich im Art. 1, Abs. 3: „Sofern das Gesetz nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, sind unter den in diesem Gesetz verwendeten, auf Personen bezogenen weiblichen Begriffen (wie beispielsweise Urheberin, Produzentin, Inhaberin) Angehörige des weiblichen und männlichen Geschlechts zu verstehen.“

In der Gleichstellungsgesetz (GLG)-Vorlage andererseits werden zum ersten Mal durchgehend „geschlechtsneutrale“ Formen bzw. Paarformen verwendet.

4.2. Das URG wurde bei der 1. Lesung am 19.11.1998, bei der 2. Lesung am 19.5.1999 im Landtag behandelt (und trat am 23.7.1999 in Kraft), und das GLG in der 1. Lesung am 20.11.1998, in der 2. Lesung am 10.3.1999 (und trat am 5.5.1999 in Kraft). Zu den beiden Gesetzesvorlagen gibt es jeweils eine schweizerische Rezeptionsvorlage

(„Bundesgesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz, URG) vom 9.10.1992“ und „Bundesgesetz über Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz, GLG) vom 24.3.1995“). Liechtensteinische Gesetzestexte sind mit ihren schweizerischen Vorlagen z.T. identisch, außer dass in der liechtensteinischen Fassung des URG eben das generische Femininum zum Einsatz kommt, während in der Schweiz „geschlechtergerechte“ Formen (also hauptsächlich Paarformen) gebraucht werden.

4.3. URG, die 1. Lesung (am 19.11.1998): Das URG bekommt also eine völlig neue Klausel, nach der die „weibliche“ Form die Männer mitmeinen soll. Eine gänzliche Umkehr von der bisherigen Konvention (generisches Maskulinum), die neue Klausel soll generisches Femininum statuieren.<sup>16</sup> Die Regierung erklärte zu diesem neuartigen Vorschlag vorab, dass „durch eine konsequent geschlechtsneutrale Formulierung [welche die Paarform beinhaltet: Ok] die Lesbarkeit und das Verständnis des Gesetzestextes über Gebühr strapaziert“ wird. Sie zeigt „jedoch Verständnis für die Forderung nach einem fairen, geschlechtlich neutralen Sprachgebrauch.“ Da aber die Klausel zum Gebrauch des Maskulinums eigentlich den gemeinhin anerkannten generischen Charakter des Maskulinums nur im Nachhinein bestätigt, so dass sie in Richtung „nach einem fairen, geschlechtlich neutralen Sprachgebrauch“ „bewusstseinsmässig kaum mehr etwas bewirkt“, soll das URG eine Generalklausel enthalten, wonach „mit den auf Personen bezogenen weiblichen Begriffen, die als Regel verwendet werden, [...] die männlichen mitgemeint“ (Bericht und Antrag der Regierung Nr.48/1998: 10) seien. Dieser neue und bisher einmalige Sprachgebrauch soll mehr bewirken, es soll nämlich das Bewusstsein der Menschen um die Gleichbehandlung von Frau und Mann schärfen. Damit will die Regierung „ein Signal der tatsächlichen Gleichberechtigung und der Förderung eines entsprechenden kritischen Bewusstseins“ setzen. Denn „mit der Änderung der Sprache ändern wir das Bewusstsein der Menschen und damit die Wirklichkeit.“ (Bericht und Antrag der Regierung Nr.48/1998: 11)

Verwunderlich ist, dass solch ein neuartiger

Vorschlag ohne vorherige Debatte gemacht wurde. Auch von der Regierung, die nicht so sonderlich um die sprachliche Gleichbehandlung von Frau und Mann bemüht war.<sup>17</sup> Hier wird neben dem etwas naiven Glauben, dass die Sprache die Wirklichkeit ändern kann, auch der Standpunkt vertreten, dass der Sprachgebrauch (beliebig) veränderbar ist.

Bei der ersten Lesung des Gesetzes (URG) am 19.11.1998 gab es zu der neuen Klausel-Lösung jedoch keine große Diskussion. Einige bejahten den Vorschlag, einige wiesen auf die unterschiedliche Handhabung zum GLG (Paarformen) hin, und forderten ein einheitliches Prinzip. Ein Abgeordneter bemängelte die inkonsequente Handhabung, verlangte als einheitliches Prinzip, dass man Gesetzte „geschlechtsneutral“ formuliert. (Protokolle 1998: 3036) Der Regierungschef-Stellvertreter wies auf das Dilemma hin, „eine möglichst einfache, praktisch handhabbare Sprache zu haben und auf der anderen Seite doch das Verständnis dafür zu schärfen, dass es einen fairen Umgang mit Sprache braucht.“ (Protokolle 1998: 3037) Deshalb sei diese „kreative Provokation“ zustande gekommen. Weiter entwickelte sich die Diskussion hierzu nicht.

4.4. GLG, 1. Lesung (am 20.11.1998): Am Tag darauf wurde die GLG-Vorlage in der 1. Lesung im Landtag behandelt. Das Gesetz soll die faktische Gleichstellung im Erwerbsleben gewährleisten, nachdem die rechtliche Gleichstellung von Frau und Mann schon vorhanden ist. Es ging dabei vor allem um die Beseitigung bestehender und die Vermeidung neuer Diskriminierungen am Arbeitsplatz.

Da es in diesem Gesetz inhaltlich vor allem um die faktische Gleichstellung von Frau und Mann im Berufsleben gehen soll, bestand anscheinend von Anfang an Konsens darüber, dass dies auch sprachlich die Gleichbehandlung bedingte, also dass man „beide, männliche und weibliche Bezeichnungen, einfach konsequent verwendet“ (Protokolle 1998: 3098), wie es die schweizerische Vorlage auch tut. Die Regierung, die bisher dem „geschlechtsneutralen“ Sprachgebrauch skeptisch gegenüberstand, war offensichtlich in diesem einen Fall bereit, auch im Sprachgebrauch der schweizerischen Vorlage zu folgen, ohne Rücksicht darauf, dass man eventuell

dadurch in „grösste Schwierigkeiten“ (so der Regierungschef-Stellvertreter (Protokolle 1997: 1839)) kommt. Ein Abgeordneter lobte, dies sei „eine konsequente Handhabung, auch wenn sie manchmal vielleicht Texte schwer lesbar macht“. (Protokolle 1998: 3098) Die unterschiedliche Handhabung beider Gesetzesvorlagen in Bezug auf Personenbezeichnung wurde in der Debatte nicht thematisiert.

4.5. GLG, 2. Lesung (am 10.3.1999): Es gab bei der 2. Lesung des GLG keine Debatte über die Personenbezeichnungen. Und das erste liechtensteinische Gesetz mit konsequent „geschlechtsneutralen“ (also „geschlechtergerechten“) Personenbezeichnungen wurde mit mehrheitlicher Zustimmung (21 Stimmen) verabschiedet.<sup>18</sup>

4.6. URG, 2. Lesung (am 19.5.1999): Die zweite Lesung wurde zu einer Art Grundsatzdebatte über den Sprachgebrauch der Personenbezeichnungen. Vier Abgeordnete sprachen sich dafür aus, die Gesetzesvorlage „geschlechtsneutral“ [= durchgehender Gebrauch der „geschlechtergerechten“ Formen bzw. Paarformen: Ok] umzuformulieren, da sie dafür sind, „Gleichbehandlung und Gleichstellung der Geschlechter auch in der deutschen Sprache korrekt umzusetzen.“ (Protokolle 1999: 609) Fünf Abgeordnete kritisierten die unterschiedliche Handhabung der Personenbezeichnungen je nach dem Gesetz und verlangten von der Regierung klare Kriterien und Vorgaben, „in welchen Fällen die männliche Form, in welchen Fällen die weibliche Form und in welchen Fällen die neutrale Form zu wählen ist“ (Protokolle 1999: 613), bzw. vom Landtag, darüber abzustimmen, „welche der drei Varianten hier eine Mehrheit findet [...], wie das künftig im Gesetzestext umgesetzt werden soll“ (Protokolle 1999: 615), „dass wir eine einheitliche Formulierung in der Gesetzgebung haben.“ (Protokolle 1999: 616)

Zwei Abgeordnete unterstützten die Regierungsvorlage, da das „Mitmeinen“ der Frauen durch Maskulinum eine „Diskriminierung“ sei (so eine Abgeordnete). Ein Abgeordneter plädierte dafür, „dass wir einfach im Sinne eines historischen Ausgleichs die nächsten 50 Jahre ausschliesslich die weibliche Form verwenden und die Männer

in einer Generalklausel mit meinen.“ (Protokolle 1999: 617)

Wiederum nur zwei Abgeordnete sprachen sich für die Beibehaltung des bisher üblichen Maskulinums mit Klausel aus. Eine Abgeordnete befürwortete diese Form, weil „wir sprachlich schwerfällig und im Lesetext holpernd vorgehen werden, wenn wir die geschlechtsneutrale Formulierung konsequent durchführen.“ Und zwar deshalb, weil „es für mich nicht eine Frage der Aufwertung der Frau bedeutet, im Gesetz in der weiblichen Form genannt zu werden.“ (Protokolle 1999: 613) Ein Abgeordneter war für eine Klausel-Lösung, gleichgültig ob mit Maskulinum oder mit Femininum.

Nach der Debatte wurde abgestimmt. Zunächst wurde über den Antrag abgestimmt, die Vorlage in „geschlechtsneutrale“ Formulierungen umzuschreiben. Neun waren dafür. Der Antrag wurde damit abgelehnt. Der Antrag, statt „weiblicher“ „männliche“ Begriffe zu verwenden, also auf die Klausel-Lösung mit Maskulinum zurückzugreifen, wurde ebenso mit neun Ja-Stimmen abgelehnt.

Danach gab es noch eine kleine Debatte, ob das Gesetz nicht konsequent „Urheberrechtsgesetz“ heißen soll. Der Landtagspräsident warf ein, „dass mit dem Begriff „Urheberrecht“ nicht irgendwelche Personen männlichen oder weiblichen Geschlechts gemeint sind, sondern das ist ein Begriff über die Art des Rechts, so wie Erbrecht.“ (Protokolle 1999: 624) Mit dieser Äußerung, die unbeabsichtigt ausgerechnet den generischen Charakter des Maskulinums „Urheber“ hervorhob, was eigentlich zur Klausel-Lösung mit Femininum gar nicht gepasst hätte, endete die Debatte. Der Antrag, „Urheberrecht“ in „Urheberinrecht“ umzuschreiben, hatte nur fünf Ja-Stimmen, war somit abgelehnt. Danach wurde über jeden Artikel einzeln abgestimmt. Der umstrittene 1. Artikel, der den Sprachgebrauch regelt, wurde mit 13 Ja-Stimmen angenommen. Dieses Gesetz trat am 23.7.1999 in Kraft und gilt immer noch.

URG und GLG sind allerdings, was die Personenbezeichnungen betrifft, die einzigen Ausnahmen. Andere liechtensteinische Gesetze verwenden nach diesen beiden Gesetzen generisches Maskulinum mit der Klausel, dass damit sowohl Männer als auch Frauen gemeint sind, so heißt es

z.B. im Gesetz vom 26. November 2003 über das Dienstverhältnis der Lehrer (Lehrerdienstgesetz, LdG): „Unter den in diesem Gesetz verwendeten Personen-, Berufs- und Funktionsbezeichnungen sind Angehörige des weiblichen und männlichen Geschlechts zu verstehen.“

In Liechtenstein ist man nach den Versuchen mit „geschlechtsneutralen“ Paarformen (GLG) und generischem Femininum mit Klausel (URG) zur bewährten Option, zum generischen Maskulinum mit Klausel, zurückgekehrt.

## 5. Schluss

Wir kommen noch einmal zu den eingangs gestellten Fragen zurück. Wie es zum Gebrauch von vier verschiedenen Personenbezeichnungen in den liechtensteinischen Gesetzestexten kam, haben wir oben gesehen.

Wie weit die Gleichstellungsdiskussion daran beteiligt war, kann man wohl aus dem Vergleich mit der Situation in der Schweiz ersehen. Wenn wir den Gebrauch der Personenbezeichnungen in schweizerischen und in liechtensteinischen Gesetzen vergleichen, können wir feststellen: Die Schweizer (zumindest die Deutschschweizer) nehmen die sprachliche Gleichbehandlung von Frau und Mann anscheinend sehr ernst und setzen sie konsequent um, indem sie ausschließlich von „geschlechtergerechter“ Sprache Gebrauch machen. Man könnte sie auch als „Idealisten“ bezeichnen, solange sie dem Gedanken nachhängen, die Sprache könne das Bewusstsein verändern.

Die Liechtensteiner verfahren hingegen anders. Sie sprechen auch von der Gleichstellung von Frau und Mann, aber sie sind bei der sprachlichen Umsetzung inkonsequent (wenn nicht halbherzig). Nach den beiden Versuchen (URG und GLG) kehrten sie auf die bewährte Formel zurück, nämlich zum generischen Maskulinum mit Klausel, ohne eine große Debatte zu führen, ob z.B. diese Formel überhaupt zur sprachlichen Gleichbehandlung beiträgt (der „Leitfaden“ 1996 lehnt sie ab). Mal sagen sie, die Sprache könne das Bewusstsein verändern, und mal sagen sie, sie kommen in größte Schwierigkeiten, wenn man die sprachliche Gleichbehandlung konsequent umsetzt. Sie haben zwar die sprachliche Gleichbehandlung im Hinterkopf, aber ausschlaggebend für sie ist meistens



die Handhabbarkeit der Sprache. Die einzige echte Ausnahme war das Gleichstellungsgesetz (GLG), in dem inhaltsbedingt die sprachliche Gleichbehandlung sehr groß geschrieben war. Das URG war hingegen keine echte Ausnahme, es war im Grunde auch eine Klausellösung wie das generische Maskulinum mit Klausel. Die Sprache ist dann handhabbarer als die „geschlechtergerechte“ Paarformenlösung. Wie ich schon bei den Fällen Wädenswil und Eutin nachgewiesen habe, ließen sich die Stadtväter beider Städte bei der Entscheidung für das generische Femininum mit Klausel in erster Linie von dem Gedanken leiten, die Sprache handhabbar zu machen und so die Nachteile der Paarformen zu vermeiden.<sup>19</sup> Das war auch in Liechtenstein der Fall.

Man könnte andererseits auch meinen, die Liechtensteiner seien Realisten, da sie wissen, dass verschiedene Personenbezeichnungen (Maskulinum ohne Klausel, Maskulinum mit Klausel, Femininum mit Klausel und schließlich auch Paarformen) in Gesetzen letztendlich doch generisch verstanden werden.

Dieser Realismus der Liechtensteiner beantwortet auch unsere letzte Frage: Was für eine Haltung gegenüber der Sprache steckt dahinter?

Dieser Realismus hat mit der Leichtigkeit im Umgang mit der Sprache zu tun, mit einer gewissen Unbekümmertheit der Sprache gegenüber. Man kann ohne große Skrupel von einer Form zu einer anderen Form wechseln, wie oben vom generischen Maskulinum zum generischen Femininum. Ein Abgeordneter in Liechtenstein schlägt z.B. vor: „Aber ich denke doch, dass wir irgendwo einen Grundsatz verfolgen sollen. Entweder eben in die Richtung, dass man variiert, ab und zu mal eben diese [„weibliche“: Ok] Form wählt, oder die rein männliche, die dann das weibliche einschliesst.“ (Protokolle 1998: 3038)

Am Schluss noch eine Bemerkung zum generischen Femininum mit Klausel im liechtensteinischen URG. Ich habe bei der Untersuchung der Fälle Wädenswil und Eutin darauf hingewiesen, dass man in den beiden Gemeinden auf das generische Femininum schließlich doch wieder deshalb verzichtet hat, weil es konkrete und den Bürgerinnen und Bürgern nahe Personen bezeichnen sollte, z.B. Bürgermeister/in, Wehrführer/in (Feuerwehrleute).<sup>20</sup> Man hatte Schwierigkeiten, konkrete

männliche Personen mit dem Femininum, das per Klausel generisch sein soll, aber vom Sprachgefühl her nur weiblich sein kann, zu verbinden. Denn das durch Motion (durch die Anhängung von *-in*) entstandene Femininum trägt automatisch das semantische Merkmal [+weiblich].

Das generische Femininum konnte jedoch in Liechtenstein erhalten bleiben, weil das Femininum sich hier in dem betreffenden Gesetz auf Urheber/innen, Regisseur/innen und Produzent/innen bezieht, also eher auf abstrakte Personen, denen man im Alltag nicht immer begegnet.

Das liechtensteinische URG soll demnächst abgeändert werden, um es der Richtlinie der EG anzupassen. Das generische Femininum wird dann auch in der abgeänderten Fassung erhalten bleiben, wenn es nach dem Willen der Regierung geht<sup>21</sup>. In der dies vorbereitenden Schrift der Regierung (Vernehmlassung 2004) benutzt man jedoch durchgehend nur Maskulina (*Künstler, Urheber, Rechtsnachfolger, Verkäufer, Käufer, Vermittler* usw.), also generische Maskulina, erst in der Vernehmlassungsvorlage trifft man wieder ausschließlich auf Feminina. Wieder ein Zeichen der Unbekümmertheit, mit der man mit der Sprache umgeht.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Siehe Albrecht (2000: 14).

<sup>2</sup> Der Begriff „geschlechtergerecht“ wird mit Anführungszeichen versehen, da er nicht überall einheitlich gebraucht wird. Wie wir weiter unten sehen werden, wird im liechtensteinischen Landtag im Sinne von „geschlechtergerecht“ der Ausdruck „geschlechtsneutral“ gebraucht. Außerdem könnte man sich darüber streiten, ob „geschlechtergerechte“ Sprache tatsächlich geschlechtergerecht sei.

<sup>3</sup> Siehe Leitfaden (1996: 16), auch Okamura (2004b: 49f.).

<sup>4</sup> Siehe hierzu Hellinger (1995: 305ff.).

<sup>5</sup> Der offizielle Titel des Gesetzes heißt „Gesetz vom 10. Mai 1999 über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte“. Im Folgenden wird es als „Urheberrechtsgesetz“ bzw. „URG“ abgekürzt.

<sup>6</sup> Der offizielle Titel des Gesetzes heißt „Gesetz vom 10. März 1999 über die Gleichstellung von Frau und Mann“. Im Folgenden wird es als „Gleichstellungsgesetz“ bzw. „GLG“ abgekürzt.

<sup>7</sup> Man denke z.B. an den seit 1923 bestehenden Zollvertrag und den Schweizer Franken, der in Liechtenstein seit 1924 als gesetzliche Währung gilt.

- <sup>8</sup> Der offizielle Titel des Gesetzes heißt „Bundesgesetz vom 9. Oktober 1992 über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte“.
- <sup>9</sup> Der offizielle Titel des Gesetzes heißt „Bundesgesetz vom 24. März 1995 über die Gleichstellung von Frau und Mann“.
- <sup>10</sup> Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29.5.1874, Art. 4, Abs. 2. Derselbe Artikel wurde in die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18.4.1999, Art. 8, Abs. 3 übernommen.
- <sup>11</sup> Siehe hierzu Albrecht (2000: 37). Man hat hier aus den Gegenvorschlägen, die von der feministischen Seite gemacht wurden, eine Auswahl getroffen: d.h. radikale Feminisierungen (z.B. generisches Femininum, auch die Umstrukturierung der Genusklassen), wie sie z.B. von Pusch (1984, 1990) vorgeschlagen wurden, werden nicht berücksichtigt. Kurzformen (*Sachbearbeiter/in, die/der Vorgesetzte, Bürger/innen, BürgerInnen*) sollen in amtlichen Texten (Gesetze, Botschaften usw.) nicht verwendet werden. (Leitfaden 1996: 26) Auch das Indefinitpronomen *frau* will man nicht einführen. (Leitfaden 1996: 128)
- <sup>12</sup> Siehe hierzu Okamura (2004b: 50).
- <sup>13</sup> Der Ausdruck „geschlechtsneutral“ soll im üblichen Sinne von „geschlechtergerecht“, (also Paarformen plus geschlechtsneutrale und -abstrakte Ausdrücke) verstanden werden. In den folgenden Debatten des Liechtensteinischen Landtags wird „geschlechtsneutral“ ausschließlich im Sinne von „geschlechtergerecht“ gebraucht.
- <sup>14</sup> Interessant ist, dass hier nicht nur Maskulina erfasst sind, sondern auch ein geschlechtsabstrakter Ausdruck „Person“ und auch geschlechtsneutrale Ausdrücke „Dritte“ und „Sachverständige“, die sich automatisch auf Menschen beider Geschlechter beziehen.
- <sup>15</sup> Der Artikel (= die Klausel) in diesem Gesetz (in Art. 2 *Begriffe*) heißt: „Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, gelten die darin verwendeten Personen- und Funktionsbezeichnungen für Personen männlichen und weiblichen Geschlechts.“
- <sup>16</sup> Zur Problematik des generischen Femininums, siehe Okamura (2004b), auch zu konkreten Versuchen, das generische Femininum in Wädenswil und Eutin einzuführen, siehe Okamura (2003, 2004a, 2004b).
- <sup>17</sup> Siehe die Bemerkungen desselben Regierungschef-Stellvertreters, der auch 1997 bei der Debatte um das Mitwirkungsgesetz (MWG) die Regierung vertrat. Dort erklärte er: „Dann wird es etwas umständlich.“ (Protokolle 1997: 1836) und „wir kommen, [...] in grösste Schwierigkeiten, wenn wir [...] eine geschlechtsneutrale Sprache haben wollen.“ (Protokolle 1997: 1839)
- <sup>18</sup> Der Landtag verfügt über 25 Sitze.
- <sup>19</sup> Siehe Okamura (2004b).
- <sup>20</sup> Siehe Okamura (2004b).
- <sup>21</sup> Auch das Gleichstellungsgesetz (GLG) soll abgeändert werden. In der Vorlage der Regierung wird die „ge-

schlechtsneutrale“ Sprache (vor allem die Paarformen) erhalten bleiben. Siehe Vernehmlassung (2005).

**Primärliteratur** (Stand aller URL: September 2005)  
(Liechtenstein betreffend:)

- Bericht und Antrag der Regierung Nr. 48/1998  
Gesetz vom 19. Mai 1999 über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz, URG) (<http://www.recht.li/>)  
Gesetz vom 10. März 1999 über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz, GLG) (<http://www.recht.li/>)  
Landtagsprotokolle des Liechtensteiner Landtags 1997. (abgekürzt als: Protokolle 1997) (<http://www.gmgweb.li/lp/pro/index.html>)  
Landtagsprotokolle des Liechtensteiner Landtags 1998. (abgekürzt als: Protokolle 1998) (<http://www.gmgweb.li/lp/pro/index.html>)  
Landtagsprotokolle des Liechtensteiner Landtags 1999. (abgekürzt als: Protokolle 1999) (<http://www.gmgweb.li/lp/pro/index.html>)  
Verfassung des Fürstentums Liechtenstein vom 5. Oktober 1921. (<http://www.recht.li/>)  
Vernehmlassung der Regierung des Fürstentums Liechtenstein Betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz, URG) vom 13. Juli 2004. (abgekürzt als: Vernehmlassung 2004)  
Vernehmlassung der Regierung des Fürstentums Liechtenstein Betreffend die Teilrevision des Gesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz) sowie des Arbeitsvertragsrechts (ABGB) vom 23. August 2005. (abgekürzt als: Vernehmlassung 2005)  
(Auch andere Gesetze sind unter <http://www.recht.li/> abrufbar.)

(die Schweiz betreffend:)

- Bundesblatt (BBl) 1986  
Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29.5.1874  
Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18.4.1999 (<http://www.admin.ch/ch/d/sr/101/index.html>)  
Bundesgesetz vom 9. Oktober 1992 über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz, URG) (<http://www.admin.ch/ch/d/sr/>)  
Bundesgesetz vom 24. März 1995 über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz, GLG) (<http://www.admin.ch/ch/d/sr/>)  
(Auch andere Gesetze sind unter <http://www.admin.ch/ch/d/sr/> abrufbar.)

## Sekundärliteratur

- Albrecht, Urs (2000): „Unserer Sprache ist verbildet durch einen Maskulinismus.“ Die deutsche Schweiz auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Sprache. In: *bulletin vals-asla* 72, S.11-46.
- Antos, Gerd (1996): *Laien-Linguistik: Studien zu Sprach- und Kommunikationsproblemen im Alltag: am Beispiel von Sprachratgebern und Kommunikationstrainings*, Tübingen.
- Braun, Friederike (1996): Das große I und seine Schwestern – eine kritische Bewertung. In: *Der Deutschunterricht* 48-1, S.54-62.
- Bussmann, Hadumod (1995): Das Genus, die Grammatik und der Mensch: Geschlechterdifferenz in der Sprachwissenschaft. In: Bussmann, Hadumod/ Renate Hof (Hg.), *Genus. Zur Geschlechterdifferenz in den Kulturwissenschaften*, Stuttgart, S.114-160.
- Bussmann, Hadumod/Marlis Hellinger (2003): *Engendering female visibility in German*. In: Hellinger, Marlis/Hadumod Bussmann (Hg.), *Gender Across Languages: The linguistic representation of women and men*. Volume III, Amsterdam, S.141-174.
- Clyne, Michael (1995): *The German language in an changing Europe*, Cambridge.
- Duden. *Richtiges und gutes Deutsch Wörterbuch der sprachlichen Zweifelsfälle* (2001), 5. Aufl., Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich.
- Glück, Helmut/ Wolfgang Werner Sauer (1997): *Gegenwartsdeutsch*, 2. Aufl., Stuttgart.
- Guentherodt, Ingrid/Marlis Hellinger/Luise F. Pusch/Senta Trömel-Plötz (1980): *Richtlinien zur Vermeidung sexistischen Sprachgebrauchs*. In: *Linguistische Berichte* 69, S.15-21.
- Hellinger, Marlis (1995): *Language and gender*. In: Steven-son, Patrick (Hg.), *The German language and the real world*, Oxford, S.279-314.
- Kalverkämper, Hartwig (1979): *Die Frauen und die Sprache*. In: *Linguistische Berichte* 62, S.55-71.
- Leitfaden zur sprachlichen Gleichbehandlung im Deutschen (1996), herausgegeben von der Schweizerischen Bundeskanzlei, Bern. (abgekürzt als: *Leitfaden 1996*)
- Leiss, Elisabeth (1994): *Genus und Sexus. Kritische Anmerkungen zur Sexualisierung von Grammatik*. In: *Linguistische Berichte* 152, S.281-300.
- Marxer, Wilfried (2004): *20 Jahre Frauenstimmrecht – Eine kritische Bilanz* Erweiterte Fassung eines Vortrags zur Jubiläumsveranstaltung „20 Jahre Frauenstimmrecht“ am 26. Juni 2004 in Vaduz, BERN.
- Müller, Sigrid/Claudia Fuchs (1993): *Handbuch zur nicht-sexistischen Sprachverwendung in öffentlichen Texten*. Im Auftrag des Magistrats der Stadt Frankfurt/Main – Dezernat Frauen und Gesundheit/Frauenreferat, Frankfurt am Main.
- Okamura, Saburo (2003): *Der Fall Wädenswil – Werden generische Formen durch Paarformen ersetzt? – (auf Japanisch)* In: *Bulletin of the Institute of Language Teaching/Waseda University* 58, S.1-32.
- Okamura, Saburo (2004a): *Der Fall Wädenswil 2 – Wie kam die Revisionsvorlage zustande? – (auf Japanisch)* In: *Goken-Forum (The Institute of Language Teaching/Waseda University)* 20, S.27-54.
- Okamura, Saburo (2004b): *Wädenswil und Eutin: Wie das generische Femininum kam und ging*. In: *Waseda Global Forum No.1 (2004)*, S.47-59.
- Peyer, Ann/Eva Lia Wyss (1998): „JazzmusikerInnen – weder Asketen noch Müsli-Fifis“ – Feministische Sprachkritik in der Schweiz, ein Überblick. In: Schoenthal, Gisela (Hg.), *Germanistische Linguistik* 139-140, S.117-154.
- von Polenz, Peter (1991): *Deutsche Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart*. Band 1. Einführung; Grundbegriffe; Deutsch in der frühbürgerlichen Zeit, Berlin, New York.
- von Polenz, Peter (1999): *Deutsche Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart*. Band 3. 19. und 20. Jahrhundert, Berlin, New York.
- Pusch, Luise F. (1984): *Das Deutsche als Männersprache*, Frankfurt a. M.
- Pusch, Luise F. (1990): *Alle Menschen werden Schwestern*, Frankfurt a. M.
- Pusch, Luise F. (1999): *Die Frau ist nicht der Rede wert*, Frankfurt a. M.
- Schoenthal, Gisela (1989): *Personenbezeichnungen im Deutschen als Gegenstand feministischer Sprachkritik*. In: *Zeitschrift für germanistische Linguistik* 17, S.296-314.
- Schoenthal, Gisela (1998): *Von Burschinnen und Azubinnen. Feministische Sprachkritik in den westlichen Bundesländern*. In: *Germanistische Linguistik* 139-140, S.9-31.
- Stickel, Gerhard (1988): *Beantragte Regelungen zur sprachlichen Gleichbehandlung. Darstellung und Kritik*. In: *Zeitschrift für germanistische Linguistik* 16, H.3, S.330-355.
- Wyss, Eva Lia (1997): *Sprachwandel feministisch. Einige Beobachtungen zur Situation in der Schweiz*. In: *Sprachspiegel* 53, H.3, S.85-92.